

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 63 (1983)
Heft: 2

Rubrik: Blickpunkte

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 23.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Blickpunkte

Etikettierung «konservativ» unter der Lupe

Die Ersatzwahlen in den Bundesrat sind vorüber. Der Lärm des publizistischen Vielfrontenkriegs hat sich gelegt – ein Krieg übrigens, der in der bisherigen Geschichte der eidgenössischen Exekutivwahlen nicht seinesgleichen hatte und dabei trotzdem wenig Wirkung zeitigte: Die offiziellen Kandidaten wurden im *ersten* Wahlgang auf den Schild gehoben, all den Anwürfen und einseitigen Etikettierungen zum Trotz.

Die vielleicht meistgenannte Etikette, mit der sich Alphons Egli wie Rudolf Friedrich bei allen sonstigen Verschiedenheiten abgestempelt sahen, war dabei jene des Konservatismus. Das ist schon deshalb des näheren Bedenkens wert, weil «konservativ» heutzutage ein viel gebrauchter politischer Begriff ist. Das wird auch im eben angebrochenen Wahljahr seine penetrante Bestätigung finden, denn «konservativ» ist – wie Hermann Lübbe einmal ausführte – «innerhalb weiter Grenzen variabel. Das heisst: Was es im konkreten Fall besagen soll, wird von demjenigen entschieden, der es verwendet».

Dabei zeichnet sich allerdings doch schon seit den ausgehenden fünfziger Jahren eine bestimmte, eher ablehnende bis diffamierende Ausrichtung – jedenfalls auf dem europäischen Kontinent – ab. Es gibt seit Jahren weder in Deutschland noch in der Schweiz, geschweige denn in latei-

nischen Ländern Parteien, die sich konservativ nennen. Das hängt, wie Lübbe zweifellos zu Recht festgestellt hat, damit zusammen, dass der «ideologische Dogmatismus im politischen Kontext seit langem eine primär von links her sich entwickelnde Tendenz» verkörpert. In Frankreich zum Beispiel gab es schon vor dem Zweiten Weltkrieg kaum noch Parteien, die in ihrem Namen nicht das Wort «sozial» oder wenigstens die Bezeichnung «radikal» geführt hätten. Und als auf der Iberischen Halbinsel in den siebziger Jahren die Diktaturen durch demokratische Parteiensysteme abgelöst wurden, ereignete sich ähnliches: Selbst von Haus aus liberale Gruppierungen spielten mit dem Etikett «sozialdemokratisch».

In der Schweiz war der politische Konservatismus des 19. Jahrhunderts vor allem eine Gegenbewegung zum antiklerikalen Liberalismus, der die Bundesverfassung von 1848 wesentlich geprägt hatte. Auf diesem Hintergrund blieb der Begriff auch im Partienspektrum verhältnismässig lange erhalten. Die heutige CVP hiess bis 1957 «Konservative Volkspartei», um sich dann «konservativ-christlich-sozial» zu nennen. Die Fraktion der Bundesversammlung trug bis dahin gar noch die Bezeichnung «katholisch-konservativ». Der heutige Name «Christlichdemokratische Volkspartei» wurde erst 1971 eingeführt.

Im angelsächsischen Raum verliefen die Dinge anders. Dort kam der «ideologische Dogmatismus» nach kontinental-europäischem Muster nie recht zum Tragen. In England verkörperte der Konservatismus von jeher die Idee der Kontinuität. Das akzentuierte sich im Zeitalter der Französischen Revolution besonders deutlich, und daran hat sich im Grunde seither nicht viel geändert. In den USA stellen die Erfolge der Republikaner den augenfälligen Beweis dar, dass die Amerikaner in dieser Hinsicht ähnlich empfinden, einmal ganz abgesehen von der Tatsache, dass sich dort – umgekehrt wie in Teilen Europas – die potentiellen Sozialdemokraten gar «Liberals» nennen.

Im übrigen passt es zu den «weiten Grenzen» des politischen Begriffs des Konservatismus, dass er als ideelle Bewegung ausgerechnet zu einer Zeit, da im parteipolitischen Namenwald Kontinentaleuropas das Wort «konservativ» weitgehend eliminiert erscheint, gewissermassen Auferstehung feiert. Politische Philosophen, die im Amerika der fünfziger Jahre – wie Russell Kirk mit seinem weitverbreiteten Werk «The Conservative Mind» – eine Art von Neokonservatismus begründet hatten, fanden hierzulande in den siebziger Jahren wachsende Beachtung. Und als die neomarxistischen Reformbewegungen mit ihrem Utopismus gegen Ende des Jahrzehnts endgültig ins Leere gelaufen waren, zeichnete sich immer mehr das ab, was seither als «Rechtstrend» geläufig ist und durchaus mit dem amerikanischen

Neokonservatismus geistesverwandt erscheint.

Bundesrat Friedrich hat es auf eine einfache Formel gebracht: Wenn Konservatismus bedeute, zu diesem Staat zu stehen und ihn weiterhin für tauglich und Entwicklungsfähig zu halten, dann nenne man ihn zu Recht einen Konservativen. Dass diese Grundhaltung heute auch ohne entsprechende politische Etikettierung weitverbreitet ist, liegt auf der Hand. Progressive Programme haben sich abgenützt. An ihre Stelle ist, um nochmals Hermann Lübbe zu zitieren, das Bedürfnis getreten, die gesellschaftliche Instabilität mit ihren Identitätsproblemen zu überwinden. Aus den Programmen sogenannt konkreter Utopien hat sich das bescheidenere Bemühen herausentwickelt, die unbeabsichtigten und offenbar schwer vermeidlichen «Schädlichkeitsnebenfolgen eines Progresses zu kompensieren, der sowieso längst im Gange ist». «Konservativ» bedeutet damit vor allem «die Weigerung, den Blick vor der Verlust- und Kostenrechnung des zivilisatorischen Progresses zu verschliessen, und damit gleichzeitig die Verpflichtung der Politik zur Kalkulation des erfahrbar gewordenen Grenznutzens dieses Fortschritts».

Mag diese politische Grundhaltung nun «konservativ» genannt werden oder nicht – jedenfalls ist sie von jener politischen Vernunft diktiert, von deren Tragkraft viel für die Zukunft einer Gesellschaft in Freiheit abhängt.

Richard Reich

Schiefe Opfersymmetrie

Der Bundeshaushalt – wer wüsste dies nicht? – hat Schlagseite. Der geplagte helvetische Säckelmeister hat alle Mühe, das schlängernde Schiff wieder auf Kurs zu bringen. Der neueste Anlauf, mit dem dieses Kunststück gelingen soll, liegt in Form eines *Finanzplanes* vor, der in der Frühjahrssession in den eidgenössischen Räten diskutiert werden wird. Und immer dann, wenn es darum geht, finanzpolitische Weichen zu stellen, spielen sich sozusagen ausserparlamentarische Vorhutsgefechte ab, die den Stellungsbezug in der parlamentarischen Ausmarchung anzeigen.

Was im Rahmen dieser Scharmütsel festgestellt werden kann, ist eine finanzpolitisch eher fatale *Polarisierung*: die bürgerlichen Parteien klammern sich an das Militärbudget und die Sozialdemokraten mit ihren linken Ausläufern an das Sozialbudget, als ob es eine bürgerliche Armee und ein sozialdemokratisches Sozialsystem gäbe. Und über allem schwebt die These von der *Opfersymmetrie*, die postuliert, dass alle, die vom Segen des Bundeshaushaltes profitieren, Opfer zu bringen hätten. Nur sagt niemand, was eigentlich die Kriterien einer solchen Opferarithmetik sein könnten. Gemeint sind immer nur die Opfer der *andern*. Und visiert wird eine Finanzpolitik in der zweiten Person Einzahl. Dahinter steht Gruppenegoismus und eine «*Sauve-qui-peut*»-Haltung.

Diese Taktik ist zwar politisch verständlich, wenn auch wenig appetit-

lich, finanzpolitisch aber kaum hilfreich. Auszugehen wäre vielmehr vom nüchternen Tatbestand, dass sowohl die Armee wie das Sozialsystem nicht einer Parteigruppierung «gehören», sondern von einem umfassenden *staatspolitischen Interesse* getragen werden, und dass die Ausgabenwachstumsbremse – von Ausgabenkürzung ist nicht die Rede – nicht irgendwelchen diffusen Regeln der Opfersymmetrie gehorchen sollte, die wohlerworbene Rechte schützen, sondern sich in stärkerem Masse als bisher an Überlegungen der wirtschaftlichen *Rationalität* zu orientieren hat. Zu fragen ist mithin, wie die zur Verfügung stehenden Mittel optimaler eingesetzt werden können. Und zu fragen ist weiter, wie die staatliche Aufgaben- und damit gleichzeitig Ausgabenstruktur im Blick auf die Herstellung von möglichst günstigen gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen aussehen müsste. An die Stelle von politischem Kleinkrieg sollte mehr zielgerichtete ökonomische Rationalität treten. Der Staat darf, wenn er beschäftigungspolitisch sinnvoll handelt, die Wirtschaft nicht noch mehr belasten. Er sollte vielmehr darauf bedacht sein, die finanzpolitischen Prioritäten unter Beachtung der Gesichtspunkte einer angebotsorientierten Strategie so zu setzen, dass die private Wirtschaft gute Entfaltungsbedingungen vorfindet. Davon könnte auch er über den Umweg der Steuereinnahmen am meisten gewinnen.

Willy Linder

Afghanistan – nicht normalisiert

In Afghanistan wurde wie in Kambodscha eine katastrophale kommunistische Führung mittels Okkupation durch eine andere kommunistische Führung ersetzt. In Kambodscha war Vietnam der Okkupant, der nach dem Sieg über die Amerikaner kraftgeschwollte Staat. Dass er Südvietnam nicht «befreien», sondern erobern und von da aus imperial und expansivistisch weitergreifen würde, haben die amerikanischen Liberalen gelegnet, auch die vorgebliche Kennerin Frances FitzGerald, doch es kam so. Hier verbanden sich die Bestrebungen Vietnams mit den Interessen der Sowjetunion, um eine zu China neigende Führung zu vertreiben, die das blutigste Willkürregime errichtet hatte.

In Afghanistan befedeten sich zwei kommunistische Gruppen – Kalkh und Parcham. Hier ging es den Sowjets um die Beseitigung des kompromittierenden Hafizulas Amin, gegen den sich immer weitere Teile der Bevölkerung empörten. Seine unbedachten Reformen forderten nicht die «Feudalherren», sondern die ganze Landbevölkerung heraus. Beispiel: die dekretierte Abschaffung der Mitgift, die für die Frauen ein Schutz gegenüber der Verstossung war.

Von bisher ungenannten «führenden Kreisen» zu Hilfe gerufen, importierte die Rote Armee Karmal, den Nachfolger des hingerichteten Amin. Dass Karmal seinerseits ersetzt werde, liest man seit langem, doch bisher behauptet er sich unter dem Schutz von hunderttausend Rotarmisten nebst einer auf ein Viertel geschmolzenen,

wenig zuverlässigen afghanischen Armee.

Die ersten kombinierten Operationen der Roten Armee vom Dezember 1979 wurden von Kennern bewundert, doch um ganz Afghanistan zu befrieden, wäre eine viermal zahlreichere Armee nötig gewesen. Auch dann würden weite Regionen des gebirgigen Landes sich dem Besetzer wie schon bisher der Zentralgewalt entzogen haben.

Mag Afghanistan eine weniger künstliche Schöpfung sein als Pakistan – bei den Bauern überwiegt meist die Stammessolidarität über das Nationalgefühl. In Peshawar bekämpfen sechs Parteiführungen im Exil einander. Die lokalen Guerillaführer schliessen sich Parteien an, besonders den sunnitischen Fundamentalisten, weil es oft die einzige Möglichkeit ist, Waffen zu erhalten.

Afghanistan hat im vorigen Jahrhundert zweimal Grossbritannien geschlagen, vermag sich aber keine einheitliche Führung im Widerstand gegen die Fremdherrschaft zu geben. Widerstand und Partikularismus gehören zusammen. Auch für jene Staaten, die das sowjetische Unternehmen verurteilten – ausnahmsweise gehörte die Mehrzahl der Blockfreien dazu – gab es keine Möglichkeit, eine Exilregierung anzuerkennen. Der Illegalität des Parchamführers Karmal steht keine einheitliche patriotische Führung entgegen.

Stillschweigend war die Zugehörigkeit Afghanistans zur sowjetischen Interessensphäre längst von allen an-

erkannt. Die Amerikaner hatten ihre Berater aus dem Süden des Landes heimgeholt und auf die Ermordung ihres Botschafters in Kabul nicht reagiert. Sie hatten genug Probleme mit Iran. Die sowjetische Regierung durfte meinen, dass die Beseitigung irgendwelcher Kommunisten und ihre Ersetzung durch fähigere und gefügigere eine «innere Angelegenheit» sei. Wie vor dreissig Jahren im Koreakrieg zeigte sich, dass ein Desinteresse der Amerikaner als Freibrief für jegliche Gewalt verstanden wird. Wenn Präsident Carter nach dem Einmarsch erklärte, er habe an einem Tag mehr über die Sowjetunion gelernt als in seinem ganzen bisherigen Leben, so mochte Breschnjew ehrlich erstaunt sein.

Der verzettelte, aber kontinuierliche Widerstand ging über das hinaus, was die sowjetische Politführung erwartet hatte. Ihr Handeln war nicht wahnwitzig gewesen, sondern hatte seine eigene Logik. Zwar wurde der Protest der «Dritten Welt» nicht in diesem Ausmass vorausgesehen, doch ist Moskau im Umgang mit «Entwicklungs ländern» komplexfreier als der Westen, versteht Sympathieverlust früher oder später wettzumachen und weiss, dass Stärke ihre eigene Überzeugungskraft hat.

Wieviele Afghanen sind über die Grenzen geflüchtet? Die Schätzungen bewegen sich zwischen 2,3 und 3 Millionen. Dazu kommen fünfzig- bis sechzigtausend Flüchtlinge im Monat. Die meisten leben in Lagern in jenem Grenzgebiet Pakistans, auf das afghanische Regierungen aus ethnischen Gründen Ansprüche erhoben hatten. Der Exodus schwächt den Wider-

stand und bewirkt Spannungen in Pakistan. Zia ul Hak vermeidet alles, was Moskau provozieren könnte.

Ist denkbar, dass Afghanistan faktisch der Sowjetunion angegliedert wird wie jene Moslemrepubliken, die nach 1918 noch etliche Jahre lang befriedet werden mussten? Unter dem Zarismus waren Kriege zur Unterjochung der Bergvölker im Süden von viel längerer Dauer gewesen – und endeten mit dem Sieg der Russen. Eine formelle Annexion ist nicht zu erwarten, doch lange, auch verlustreiche Operationen sind für die Russen nicht abschreckend.

Manchmal liest man, Afghanistan sei für die Sowjets, was Vietnam für die Amerikaner war. Der Vergleich überzeugt nicht. Trotz einzelner Bombardierungen und Hafenverminungen blieb Nordvietnam ein Sanktuarium und genoss die offene Unterstützung der Sowjetunion und Chinas. Auf eine entsprechende westliche Hilfe können die Afghanen nicht rechnen. Die Sanktionen, die die Sowjetwirtschaft berührten, sind inzwischen von den Amerikanern wie den Europäern faktisch aufgehoben worden.

Operative Schwächen der Okkupanten haben am bisherigen Misserfolg der Befriedung beigetragen. Die Unfähigkeit, mit der Bevölkerung Kontakte aufzunehmen, das Fehlen «politischer» Offiziere, das Verhalten der sowjetischen Moslemtruppen, die vom afghanischen Unabhängigkeitswillen schnell kontaminiert wurden – vieles zeugte für mangelnde Voraussicht und Erfahrung in dieser Art von Krieg. Doch bleibt er für die Sowjetunion eine periphere Angelegenheit. Auf die besser ausgebildeten im We-

sten stationierten Truppen wurde nicht zurückgegriffen. Eine zynische Wertung der afghanischen Tragödie als «Entlastung für den Westen» wäre unzutreffend.

Die Kohle, das Erdgas, die wertvollen Mineralien, die strategische Bedeutung des Territoriums mögen Faktoren sein, doch die Erklärung des sowjetischen Vorgehens ist vor allem die «Breschnjew-Doktrin»: Ein kommunistisches Regime darf nicht stürzen, auch wenn es vollständig diskreditiert ist, sondern wird dann von aussen her in «brüderlichem Internationalismus» aufrechterhalten. Wenn Andropow die Friedensbotschaft der Staaten des Warschauer Pakts von Prag ausgehen liess – der Hauptstadt eines mitteleuropäischen Staates, der 1968 mit Waffengewalt gehindert wurde, sich um seine eige-

nen Angelegenheiten zu kümmern –, so ist das symbolträchtig.

François Bondy

Zur Dokumentierung sei auf Winfried F. Wiegandt «Afghanistan. Nicht aus heiterem Himmel» (Orell Füssli Aktuell, Zürich) hingewiesen, auf die Bulletins der Bibliotheca afghanica (Oberer Bunghaldenweg 31, Liestal), auf eine Studie von Zalmay Khaliad in «Problems of Communism» von November-Dezember 1980 (1776 Pennsylvania Av., Washington DC), auf die Berichte von Olivier Roy in «Esprit» und zuletzt in Heft 1 der neuen Zeitschrift «Passé-Présent» (Editions Ramsay, Paris). Zu den Periodica, die im «Blickpunkt» des Januar-Heftes genannt wurden, seien in Beantwortung von Leseranfragen folgende Adressen nachgetragen: «Osteuropa», DVA Stuttgart, «Surveg», Oxford University Press, London.

